






Kinderrechte-Index 2025

# Ländersteckbrief Bremen

Ausgewählte Ergebnisse im Überblick

In Bremen leben 122.126 Kinder. Das sind 17 Prozent der Gesamtbevölkerung des Bundeslandes (Stand: 31.12.2024).

-  überdurchschnittlich
-  durchschnittlich
-  unterdurchschnittlich





# Recht auf Beteiligung

## Artikel 12 UN-Kinderrechtskonvention

### Gute Umsetzung

- Jugendliche können ab 16 Jahren auf kommunaler Ebene und bei den Bürgerschaftswahlen wählen.  
Wahlalter Kommunalwahlen/Wahlalter Landtagswahlen<sup>1</sup>
- Nach § 4 Abs. 2 des Bremischen Schulgesetzes ist die altersangemessene Mitgestaltung von Unterricht und Schulleben als Grundsatz festgelegt. Nach § 9 ist sie im Schulprogramm zu verankern.  
Verankerung als allgemeiner Grundsatz im Landesschulgesetz
- 37 Prozent gaben in der Kinder- und Jugendumfrage (2024) an, häufig in ihrer Schule oder Klasse mitbestimmen zu können. Bei 48 Prozent ist das gelegentlich der Fall. 15 Prozent können selten und niemand nie mitbestimmen. Im Ländervergleich sind diese Werte zwar eher hoch, insgesamt liegt die Mitbestimmung jedoch auf einem niedrigen Niveau.  
Mitbestimmung in der Schule/Klasse
- In derselben Umfrage gaben 32 Prozent der Kinder und Jugendlichen an, sich bei den Kinderrechten gut auszukennen. 62 Prozent kennen sie nur dem Namen nach, 3 Prozent haben noch nie davon gehört oder gelesen. Im Ländervergleich erreicht das Bundesland den höchsten Bekanntheitsgrad.  
Bekanntheit von Kinderrechten
- Ebenfalls in derselben Umfrage gaben 19 Prozent an, häufig in ihrer Stadt oder in ihrem Ort mitbestimmen zu können. Bei 18 Prozent ist das gelegentlich der Fall. 20 Prozent können selten und 31 Prozent nie mitbestimmen. Im Ländervergleich sind auch diese Werte eher hoch.  
Mitbestimmung in der Stadt/im Ort
- Nach § 5 des Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes im Land Bremen legt der Senat in jeder Wahlperiode einen Kinder- und Jugendbericht vor. In die Berichte fließen regelmäßig Befragungen von jungen Menschen ein, zuletzt 2022 mit einem Schwerpunkt auf der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit.  
Regelmäßige Befragung für Kinder- und Jugendbericht

### Entwicklungsbedarfe

- Es gibt derzeit keine Landesstrategie zur Förderung und Stärkung von Kinder- und Jugendbeteiligung, in der verschiedene Maßnahmen gebündelt werden, um die Beteiligung durch gesetzliche, programmatische, finanzielle und institutionelle Maßnahmen zu stärken.  
Landesstrategie für Kinder- und Jugendbeteiligung
- Es gibt keine\*n Landeskinderbeauftragte\*n oder eine Kinderkommission, die Kinderinteressen auf Landesebene permanent vertreten.  
Institutionalisierte Vertretung von Kinderinteressen auf Landesebene
- Nur 40 Prozent der Gerichte gaben in der Befragung für den Kinderrechte-Index an, über einen kindgerecht ausgestatteten Raum für die Anhörung oder Vernehmung von Kindern zu verfügen. Im Ländervergleich ist das ein unterdurchschnittlicher Wert.  
Gerichte mit kindgerechten Räumen

<sup>1</sup> Alle Indikatoren, die hier im Folgenden für das jeweilige Bundesland dargestellt werden, sind im Analysepapier zum Teilindex „Recht auf Beteiligung“ beschrieben: [www.dkhw.de/kinderrechte-index/recht-auf-beteiligung](http://www.dkhw.de/kinderrechte-index/recht-auf-beteiligung).



# Recht auf Schutz

## Artikel 19 UN-Kinderrechtskonvention

### Gute Umsetzung

- Seit 2021 sind das Recht auf Beteiligung von Kindern und die Berücksichtigung des Kindeswohls in Artikel 25 Abs. 2 der Bremischen Landesverfassung verankert.  
Kinderrechte in der Landesverfassung<sup>2</sup>
- Nach § 9a SGB VIII müssen die Länder den Zugang zu unabhängiger Beratung und Konfliktklärung in der Kinder- und Jugendhilfe zu einer Ombudsstelle sicherstellen. In § 8a des Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes wird dies näher geregelt. Über die bundesrechtlichen Vorgaben hinaus werden zwei Standorte sowie die barrierefreie und niedrigschwellige Ausgestaltung gesetzlich festgelegt.  
Landesgesetzliche Umsetzung unabhängiger Ombudsstellen nach § 9a SGB VIII
- Im Jahr 2023 wurden in Bremen 17 sozialpädagogische Familienhilfen pro 1.000 Kinder und Jugendliche im Bundesland durchgeführt. Das ist der zweithöchste Wert im Ländervergleich und weist darauf hin, dass in vielen Fällen eine kooperative Zusammenarbeit zwischen Familien und Fachkräften aufgebaut werden konnte.  
Anzahl der sozialpädagogischen Familienhilfen nach § 31 SGB VIII
- In der Kinder- und Jugendumfrage (2024) gaben 85 Prozent der Befragten an, dass sie an ihrer Schule eine erwachsene Vertrauensperson haben, an die sie sich bei Problemen mit Gewalt wenden würden. Auf 10 Prozent trifft das nicht zu. Im Ländervergleich gehören diese Werte – bei geringen Unterschieden – zu den höheren.  
Erwachsene Vertrauensperson bei Problemen mit Gewalt in der Schule/Klasse
- In derselben Umfrage gaben 43 Prozent der Kinder und Jugendlichen, die in (Sport-)Vereinen aktiv sind, an, dort häufig mitbestimmen zu können. Bei 32 Prozent ist das gelegentlich der Fall, 13 Prozent können selten und 7 Prozent nie mitbestimmen. Im Ländervergleich sind diese Werte eher hoch. Ähnlich fällt die Mitbestimmung in Freizeiteinrichtungen (z.B. Jugendzentren, Jugendtreffs oder Jugendklubs) aus: 44 Prozent der Befragten gaben an, dort häufig mitbestimmen zu können. Bei 27 Prozent ist das gelegentlich der Fall, 14 Prozent können selten und 4 Prozent nie mitbestimmen. Auch hier liegen die Werte im Ländervergleich eher hoch.  
Mitbestimmung im (Sport-)Verein/Mitbestimmung in Freizeiteinrichtungen

### Entwicklungsbedarfe

- Es liegt derzeit keine umfassende und öffentlich dargelegte Kinderschutzstrategie vor. Zwar werden erhebliche Mittel in den Kinderschutz und die „Frühen Hilfen“ investiert, diese Maßnahmen sind jedoch nicht in einem strategischen Gesamtrahmen gebündelt.  
Landesstrategie für Kinderschutz
- Eine verpflichtende Entwicklung von Kinderschutzkonzepten ist weder im Bremischen Schulgesetz noch in einem anderen Landesgesetz geregelt.  
Landesrechtliche Verpflichtung zur Entwicklung von Schutzkonzepten an Schulen
- Es gibt keine regelmäßige öffentliche Berichterstattung zum Stand des Kinderschutzes. Dadurch fehlt eine systematische Grundlage, um Entwicklungen und Handlungsbedarfe sichtbar zu machen.  
Regelmäßige Berichterstattung zum Kinderschutz
- Im Jahr 2023 wurden nur 8 Erziehungsberatungen pro 1.000 Kinder und Jugendliche durchgeführt. Das ist der mit Abstand niedrigste Wert im Ländervergleich und weist darauf hin, dass das Beratungsangebot für Familien deutlich weniger genutzt oder erreicht wird als in anderen Bundesländern.  
Anzahl der Erziehungsberatungen nach § 28 SGB VIII
- Nur 34 Prozent der Kinder und Jugendlichen, für die das relevant ist, gaben in der Kinder- und Jugendumfrage (2024) an, dass sie Vertrauenspersonen in Hilfeinrichtungen haben, an die sie sich bei Problemen mit Gewalt wenden würden. Auf 46 Prozent trifft das nicht zu. Im Ländervergleich benennen hier demnach wenige junge Menschen eine solche Vertrauensperson.  
Erwachsene Vertrauensperson bei Problemen mit Gewalt in Hilfeinrichtungen

2 Alle Indikatoren, die hier im Folgenden für das jeweilige Bundesland dargestellt werden, sind im Analysepapier zum Teilindex „Recht auf Schutz“ beschrieben: [www.dkhw.de/kinderrechte-index/recht-auf-schutz](http://www.dkhw.de/kinderrechte-index/recht-auf-schutz).



# Recht auf Gesundheit

## Artikel 24 UN-Kinderrechtskonvention

### Gute Umsetzung

- (Minderjährige) Asylbewerber\*innen erhalten eine elektronische Gesundheitskarte, sobald die Voraussetzungen für den Bezug von Leistungen nach § 3 AsylbLG oder SGB VIII vorliegen. Dadurch können sie bei akuten Erkrankungen oder Schmerzen direkt eine ärztliche oder zahnärztliche Behandlung in Anspruch nehmen, ohne zuvor einen Behandlungsschein beantragen zu müssen. Dies kann den Zugang zu medizinischer Versorgung erleichtern.

Gesundheitskarte für Asylbewerber\*innen<sup>3</sup>

- Schulsozialarbeiter\*innen sind nach § 2 Abs. 1 Nr. 5 Bremisches Schulgesetz Teil des Schulpersonals. Das trägerübergreifende „Rahmenkonzept für Schulsozialarbeit“ der Senatorin für Kinder und Bildung bietet verbindliche fachliche Orientierung, legt Standards fest und regelt die Gestaltungsgrundsätze für alle Formen von Schulsozialarbeit.

Trägerübergreifendes Landeskonzept für Schulsozialarbeit

- Im Jahr 2024 kommen 5,5 Kinderärzt\*innen in der vertragsärztlichen Versorgung auf 10.000 Kinder und Jugendliche. Das ist gemeinsam mit Hamburg der beste Wert im Ländervergleich.

Anzahl der Kinderärzt\*innen in der vertragsärztlichen Versorgung

- 4,3 Kinder- und Jugendpsychotherapeut\*innen kommen in der vertragsärztlichen Versorgung auf 10.000 Kinder und Jugendliche (2024). Das ist ebenfalls gemeinsam mit Hamburg der zweithöchste Wert im Ländervergleich.

Kinder- und Jugendpsychotherapeut\*innen in der vertragsärztlichen Versorgung

- In der Kinder- und Jugendumfrage (2024) bewerteten 31 Prozent derjenigen, die dazu Angaben machen konnten, die Bewertung von Angeboten zur Unterstützung bei psychischen Problemen als sehr gut oder eher gut. 29 Prozent schätzten sie als eher schlecht oder sehr schlecht ein. Im Ländervergleich gehören diese Werte – trotz des insgesamt niedrigen Niveaus – zu den höchsten.

Bewertung von Angeboten zur Unterstützung bei psychischen Problemen

- In derselben Umfrage gaben 41 Prozent der Befragten an, dass psychische bzw. mentale Gesundheit in ihrer Schule eine sehr große oder eher große Bedeutung hat. 53 Prozent bewerteten die Bedeutung als eher gering, sehr gering oder nicht vorhanden. Im Ländervergleich ist das Thema damit vergleichsweise bedeutsam – allerdings auf niedrigem Niveau.

Bedeutung des Themas psychische/mentale Gesundheit in der Schule

### Entwicklungsbedarfe

- Die Säuglingssterblichkeit lag im Durchschnitt der Jahre 2022 bis 2024 bei 5,0 je 1.000 Lebendgeborenen im ersten Lebensjahr. Das ist der höchste Wert im Ländervergleich.

Säuglingssterblichkeit

- In der Kinder- und Jugendumfrage (2024) gaben nur 76 Prozent an, dass sie sich auf ihrem Weg zur Schule im Straßenverkehr sehr sicher oder sicher fühlen. 24 Prozent fühlen sich weniger sicher oder gar nicht sicher. Das sind die zweitniedrigsten Werte im Ländervergleich.

Sicherheit von Schulwegen

<sup>3</sup> Alle Indikatoren, die hier im Folgenden für das jeweilige Bundesland dargestellt werden, sind im Analysepapier zum Teilindex „Recht auf Gesundheit“ beschrieben: [www.dkhw.de/kinderrechte-index/recht-auf-gesundheit](http://www.dkhw.de/kinderrechte-index/recht-auf-gesundheit).



# Recht auf einen angemessenen Lebensstandard

## Artikel 26 und 27 UN-Kinderrechtskonvention

### Gute Umsetzung

- Im aktuellen Koalitionsvertrag von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE ist Kinderarmut ausdrücklich benannt. In diesem Zusammenhang wurde der „Aktionsplan Alleinerziehende“ vereinbart, um Maßnahmen für besonders betroffene Familien zu bündeln und ressortübergreifend umzusetzen.  
Politische Priorität von Kinderarmut<sup>4</sup>
- Es besteht volle Lernmittelfreiheit. Nach Artikel 31 Abs. 3 Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen werden Lehr- und Lernmittel unentgeltlich bereitgestellt.  
Regelungen Lernmittelfreiheit
- Die Kindertagesbetreuung von 3-Jährigen bis zum Schuleintritt ist generell beitragsfrei. Damit ist Bremen eines von sieben Bundesländern, in denen Eltern keine Gebühren zahlen müssen.  
Monatliche Elternbeiträge für Ganztagsbetreuung von 3-Jährigen bis zum Schuleintritt

### Entwicklungsbedarfe

- Im Jahr 2024 lag die Armutsgefährdungsquote von Kindern und Jugendlichen bei 27 Prozent (gemessen am Landesmedian) – dem höchsten Wert im Ländervergleich. Sie liegt 7,3 Prozentpunkte über der Quote der Gesamtbevölkerung und weist damit den zweitgrößten Unterschied aller Bundesländer auf. Kinder und Jugendliche sind besonders häufig von Armut betroffen.  
Armutsgefährdungsquote von Kindern und Jugendlichen/Relation der Armutsgefährdungsquote von Kindern und Jugendlichen zur Gesamtbevölkerung
- Es gibt keine öffentlich dargelegte und umfassende Landesstrategie zur Prävention von Kinder- und Familienarmut.  
Landesstrategie zur Kinderarmutsprävention
- Es gibt kein Landesprogramm, das explizit den Aufbau, die Verstetigung und Weiterentwicklung kommunaler Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut fördert.  
Landesförderung kommunaler Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut
- Im Jahr 2023 betragen die monatlichen Elternbeiträge für die Ganztagsbetreuung von unter 3-Jährigen im Median 345 Euro. Im Ländervergleich sind dies die dritthöchsten Beiträge.  
Monatliche Elternbeiträge für Ganztagsbetreuung von unter 3-Jährigen
- Im Jahr 2023 haben 23,2 Prozent der Eltern von unter 3-Jährigen trotz eines Betreuungsbedarfs keinen Kita-Platz gefunden. Das ist im Ländervergleich die höchste Betreuungslücke.  
Bedarfsgerechte Abdeckung Kindertagesbetreuung von unter 3-Jährigen
- Auch im Bereich der Kindertagesbetreuung für 3- bis unter 6-Jährige besteht weiterhin ein erheblicher Fehlbedarf: 11,1 Prozent der Eltern mit Betreuungswunsch fanden 2023 keinen Platz. Damit weist das Land auch in dieser Altersgruppe die größte Betreuungslücke im Ländervergleich auf.  
Bedarfsgerechte Abdeckung Kindertagesbetreuung von 3-Jährigen bis unter 6-Jährigen

<sup>4</sup> Alle Indikatoren, die hier im Folgenden für das jeweilige Bundesland dargestellt werden, sind im Analysepapier zum Teilindex „Recht auf einen angemessenen Lebensstandard“ beschrieben: [www.dkhw.de/kinderrechte-index/recht-auf-einen-angemessenen-lebensstandard](http://www.dkhw.de/kinderrechte-index/recht-auf-einen-angemessenen-lebensstandard).



# Recht auf einen angemessenen Lebensstandard

## Artikel 26 und 27 UN-Kinderrechtskonvention

- Im Jahr 2023 kamen 1,4 Angebote der offenen Jugendarbeit auf 1.000 Kinder und Jugendliche im Alter von 6 bis 17 Jahren. Diese sind Freizeit- und Begegnungsangebote, die ohne feste Teilnahmeverpflichtung genutzt werden können. Damit liegt das Land deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 2,4 und weist den zweitniedrigsten Wert im Ländervergleich auf.

Angebote der offenen Jugendarbeit

- Die Jugendarbeitslosenquote lag im Jahr 2024 bei 8,9 Prozent und damit deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 5,3 Prozent. Sie erfasst den Anteil an allen unter 25-Jährigen, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen.

Jugendarbeitslosenquote

- Der Anteil der Schulabgänger\*innen ohne Abschluss lag im Jahr 2023 bei 10,7 Prozent und damit deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 7,2 Prozent. Gegenüber 2017 (8,9 Prozent) ist der Anteil um 1,9 Prozentpunkte gestiegen.

Anteil Schulabgänger\*innen ohne Abschluss



# Recht auf Bildung

## Artikel 28 und 29 UN-Kinderrechtskonvention

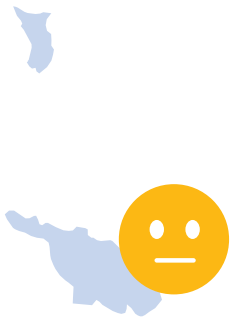
### Gute Umsetzung

- Die Schulpflicht für asylsuchende Kinder beginnt ab dem Zuzug (§ 52 BremSchulG).  
Beginn der Schulpflicht für asylsuchende Kinder<sup>5</sup>
- Im Bremischen Schulgesetz ist ein ausdrücklicher Rechtsanspruch auf inklusive Schulbildung verankert. Nach § 4 Abs. 5 BremSchulG ist der gemeinsame Unterricht von Schüler\*innen mit und ohne Behinderung verpflichtend vorgesehen. Eine Einschränkung durch Ressourcenvorbehalte besteht nicht.  
Rechtsanspruch auf inklusive Schulbildung
- Im Schuljahr 2023/24 lag die Exklusionsquote bei 0,8 Prozent. Damit hat das Land bundesweit den niedrigsten Anteil von Schüler\*innen, die außerhalb des Regelschulsystems an Förderschulen unterrichtet werden.  
Exklusionsquote Schule
- Im Jahr 2024 kamen in Kita-Gruppen für Kinder unter 3 Jahren rechnerisch 3,1 Kinder auf eine pädagogisch tätige Person. Damit weist das Land den zweibesten Personal-Kind-Schlüssel im Ländervergleich auf.  
Personal-Kind-Schlüssel in Gruppen mit Kindern unter 3 Jahren
- Im Jahr 2024 kamen in Kita-Gruppen für Kinder ab 3 Jahren bis zum Schuleintritt rechnerisch 6,5 Kinder auf eine pädagogisch tätige Person. Damit weist das Land den zweibesten Personal-Kind-Schlüssel im Ländervergleich auf.  
Personal-Kind-Schlüssel in Gruppen mit Kindern ab 3 Jahren bis zum Schuleintritt

### Entwicklungsbedarfe

- Im Jahr 2024 lag die Bildungsbeteiligungsquote der unter 3-Jährigen bei 30,0 Prozent. Damit hat das Land bundesweit den niedrigsten Anteil in dieser Altersgruppe.  
Bildungsbeteiligungsquote der unter 3-Jährigen
- 23,2 Prozent der Kitas hatten im Jahr 2023 keine Ressourcen für Leitungsaufgaben. Damit hat das Land den höchsten Anteil im Ländervergleich. Gegenüber 2018 (31,0 Prozent) ist der Anteil deutlich gesunken, bleibt aber weiterhin auf sehr hohem Niveau.  
Anteil Kitas ohne Leitungsressourcen
- Im Jahr 2022 verfehlten 24 Prozent der Neuntklässler\*innen im Kompetenzbereich Lesen, 29 Prozent im Bereich Zuhören und 14 Prozent im Bereich Orthografie die Deutsch-Mindeststandards für den Ersten Schulabschluss (Daten des IQB-Bildungstrends). Damit lag Bremen in allen drei Bereichen deutlich über dem Bundesdurchschnitt und hatte im Ländervergleich die höchsten Anteile.  
Anteil Neuntklässler\*innen ohne Deutsch-Mindeststandards (erster Schulabschluss)
- Im Jahr 2022 verfehlten 47 Prozent der Neuntklässler\*innen im Kompetenzbereich Lesen, 49 Prozent im Bereich Zuhören und 36 Prozent im Bereich Orthografie die Deutsch-Mindeststandards für den mittleren Schulabschluss (Daten des IQB-Bildungstrends). Damit lag Bremen in allen drei Bereichen deutlich über dem Bundesdurchschnitt und hatte im Ländervergleich die höchsten Anteile.  
Anteil Neuntklässler\*innen ohne Deutsch-Mindeststandards (mittlerer Schulabschluss)
- Der Einfluss des kulturellen Kapitals der Eltern auf die Kompetenzen von Schüler\*innen der 9. Klasse im Fach Deutsch war im Jahr 2022 vergleichsweise hoch (IQB-Bildungstrend). Im Ländervergleich war er bundesweit am zweithöchsten.  
Einfluss des kulturellen Kapitals auf Kompetenzen im Fach Deutsch

5 Alle Indikatoren, die hier im Folgenden für das jeweilige Bundesland dargestellt werden, sind im Analysepapier zum Teilindex „Recht auf Bildung“ beschrieben: [www.dkhw.de/kinderrechte-index/recht-auf-bildung](http://www.dkhw.de/kinderrechte-index/recht-auf-bildung).



# Recht auf Ruhe und Freizeit, Spiel und Erholung sowie Teilnahme am kulturellen und künstlerischen Leben

## Artikel 31 UN-Kinderrechtskonvention

### Gute Umsetzung

- Schulhöfe sind wichtige Orte für Bewegung, Spiel und Erholung im Schulalltag. In Bremen bestehen verbindliche Vorgaben zur Mindestgröße von Schulhöfen. Der „Leitfaden Schulbau Bremen“ sieht für Außenareale ohne Sportflächen 5 Quadratmeter Außenfläche pro Schüler\*in als Richtwert vor. Diese Vorgabe ist verpflichtend anzuwenden und bildet das Mindestmaß bei Neuplanungen.

Landesvorgaben zur Mindestgröße von Schulhöfen<sup>6</sup>

- In der Kinder- und Jugendumfrage (2024) bewerteten 61 Prozent ihren Wohnort in Bezug auf kostenlose Treffpunkte für Jugendliche, wie Jugendhäuser, Jugendklubs und Jugendzentren, als sehr gut oder eher gut. 20 Prozent beurteilten diese als eher schlecht oder sehr schlecht. Nur 4 Prozent gaben an, dass es solche Orte nicht gebe. Das sind im Ländervergleich die besten Werte.

Bewertung von Treffpunkten für Jugendliche

- In derselben Umfrage bewerteten 74 Prozent ihren Wohnort in Bezug auf kulturelle Angebote, wie Musikschulen, Büchereien oder Theater, als sehr gut oder eher gut. 15 Prozent beurteilten diese als eher schlecht oder sehr schlecht. Damit hat das Land im Ländervergleich die zweitbesten Werte.

Bewertung kultureller Angebote

### Entwicklungsbedarfe

- Im Jahr 2023 kamen nach der Kinder- und Jugendhilfestatistik 14,9 Jugendzentren, Jugendklubs und Jugendtreffs auf 10.000 Kinder und Jugendliche im Alter von 12 bis 17 Jahren. Damit liegt das Land deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 29,7 und weist den zweitniedrigsten Wert im Ländervergleich auf.

Anzahl Jugendzentren, Jugendklubs und Jugendtreffs

- In der Bremischen Landesbauordnung ist keine Berücksichtigung der Belange von Kindern und Jugendlichen bei der Umsetzung von Bauvorhaben verankert. Diese fehlende Verankerung kann zu einer Praxis führen, in der die Interessen von Kindern bei Bauvorhaben regelmäßig nicht berücksichtigt werden, obwohl sie direkt betroffen sind.

Berücksichtigung von Kinderinteressen in der Landesbauordnung

- Naturerfahrungsräume bieten Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit, Natur unmittelbar zu erleben und selbstbestimmt draußen zu spielen. Im bremischen Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege sind keine Naturerfahrungsräume verankert. Zudem bestehen keine spezifischen Landesförderprogramme für deren Einrichtung oder Pflege.

Landesgesetzliche Verankerung und Förderung von Naturerfahrungsräumen für Kinder und Jugendliche

- Es besteht kein Rahmenkonzept zur Förderung der kulturellen Kinder- und Jugendbildung. Ein landesweites Rahmenkonzept könnte dazu beitragen, Zuständigkeiten klarer zu definieren, Maßnahmen besser zu koordinieren und kulturelle Teilhabe langfristig abzusichern. Die Förderung erfolgt derzeit über Einzelprojekte ohne konzeptionellen Gesamtbezug.

Landesrahmenkonzept für kulturelle Kinder- und Jugendbildung

<sup>6</sup> Alle Indikatoren, die hier im Folgenden für das jeweilige Bundesland dargestellt werden, sind im Analysepapier zum Teilindex „Recht auf Ruhe, Freizeit, Spiel, Erholung, Kunst und Kultur“ beschrieben: [www.dkhw.de/kinderrechte-index/recht-auf-ruhe-freizeit-spiel-erholung-kunst-und-kultur](http://www.dkhw.de/kinderrechte-index/recht-auf-ruhe-freizeit-spiel-erholung-kunst-und-kultur).

## IMPRESSUM

Herausgeber:  
Deutsches Kinderhilfswerk e.V.  
Leipziger Straße 116–118, 10117 Berlin  
www.dkhw.de

Autor: Tim Stegemann  
Unter Mitarbeit von: Sarah Daroui, Uwe Kamp, Defne Kelttek, Frauke Rummler, Lily Young  
Korrektorat: Wirth Lasse GbR  
Grafik & Layout: grudengrafik

© 2025 Deutsches Kinderhilfswerk

Der zusammenfassende Studienbericht, alle Analysepapiere zu den Teilindizes, Steckbriefe zu den Ergebnissen der einzelnen Länder sowie eine Beschreibung zur Methodik sind abrufbar unter:

 [dkhw.de/kinderrechte-index](https://dkhw.de/kinderrechte-index)



Deutsches Kinderhilfswerk e.V.

Leipziger Straße 116-118  
10117 Berlin  
Fon: +49 30 308693-0  
Fax: +49 30 308693-93  
E-Mail: [dkhw@dkhw.de](mailto:dkhw@dkhw.de)  
www.dkhw.de



Deutsches  
Zentralinstitut  
für soziale  
Fragen (DZI)

**Geprüft +  
Empfohlen**